

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Dresden 2,00 Mark, bei Zustellung durch die Post 2,20 Mark, bei Postbestellung 2,40 Mark. Einzelnummern 15 Pf. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Sachsen-Zeitung enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rostau u. a.

Nr. 104 — 83. Jahrgang. Tel.-Nr.: „Sachsenzeitung“ Wilsdruff-Dresden. Verleger: Dresden 2640 Sonntag 4. Mai 1924

Das Vaterland ruft Euch alle, deutsche Wähler!

An die Wahlurne!

Wahlrecht ist Wahlpflicht! Kein Staatsbürger, der sich als solches fühlt und als solcher betrachtet wissen will, darf daher am Sonntag der Wahl zum deutschen Reichstag fernbleiben. Ueber jegliche persönliche Verstimung hinweg muß aufs Ganze geschaut werden, damit es nicht aus dem Verschulden einzelner zu Schaden kommt. Jede nationale Stimme ist ein nationaler Baustein.

Das Gleiche gilt auch für die Partei der Unzufriedenen, denen es niemand recht machen kann. Mögen sie bedenken, daß sie sich mit einer Wahlenthaltung selbst jegliches Recht geben, überhaupt noch mitzusprechen. Wer Schlechteres verhindern will, muß sich zum Besseren bekennen. Zwischen gut und schlecht aber kann kein Zweifel obwalten bei einer Wahlentscheidung, in der es darauf ankommt, vor allem auf die nationale Fahne zuzuschwören.

Die traurigste Erscheinung aber bei allen Wahlen ist die Partei der Wahlmüden, oder zutreffender gesagt: der Wahlsaulen. Welch katastrophalen Erschütterungen ein Land und Volk ausgesetzt sein kann, wenn politische Gleichgültigkeit überhand nimmt, das hat das deutsche Volk in den Schreckenstagen der Revolutionen und Räteverwirrungen genugsam kennen gelernt. Ist dieses schändlichste Kapitel deutscher Geschichte schon wieder in Vergessenheit geraten? Glaube doch niemand, daß die marxistisch-bolschewistische Gefahr bereits geschwunden sei. Sie lauert nur auf eine schwache Stunde des Volkes, um wieder über das Land hereinzubrechen. Soll das geschehen? Keiner kann das wünschen, aber darf es auch nicht durch Wahlsaulheit begünstigt, sofern nur noch ein Fünkchen von Verantwortungsgefühl für deutsches Gemeinwohl in ihm noch lebendig ist.

Unerlässliches sittliches Gebot gegenüber der Volksgemeinschaft und nicht zuletzt auch gegen sich selbst ist daher für jeden Mann, für jede Frau, am Sonntag zur Wahlurne zu schreiben. Eine Partei der Nichtwähler darf es in einem politisch reifen Volke überhaupt nicht geben. Am wenigsten aber, wenn so vieles und großes auf dem Spiele steht, wie eben jetzt, wo der Sturmflut feindliches Willkür und Niedertracht ein unüberwindliches nationales Volkswerk entgegengesetzt werden muß, damit deutsches Heim und deutscher Herd geschützt bleiben.

Darum alle Splitterrichterei und Nörgerei und Verdrossenheit beiseite und jegliche Wahlmüdigkeit verscheucht. Der vaterländische Geist muß alle erfassen und aus dem Wahlrecht eine Wahlpflicht werden lassen. Der nationale Wille muß liegen, aber jeder muß dazu mithelfen. Darum:

An die Wahlurne!



Wahlzeit von 8 Uhr vorm. bis 5 Uhr nachm.

England und die Ministerbesprechung

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“)

London, 3. Mai. Zu den Besprechungen in Chequers zwischen Macdonald und den Vertretern der belgischen Vermittlungsaktion, die gestern abend stattgefunden hat, bringen die englischen Blätter im großen und ganzen offenbar mit Rücksicht auf die morgigen Reichstagswahlen nur dürftige Mitteilungen, mit Ausnahme des Daily Telegraph, dessen meist vorzüglich unterrichteter diplomatischer Korrespondent allerdings Einzelheiten bringt, die diese Zurückhaltung verständlich machen. In politischen Kreisen, so schreibt er, hätte gestern abend eine allgemeine Überraschung und Beforgnis angesichts der Tatsache geherrscht, daß Macdonald durch seinen Finanzsachverständigen beraten werde, sondern nur durch einen Staatssekretär im auswärtigen Amt, wogegen Lord Georges, Bonar Law und Stanley Baldwin Sachkenner waren, bevor sie das Amt des Premiers übernahmen, wodurch sie mit allen finanztechnischen Einzelheiten vertraut waren, aber dennoch auf ihrer Beratung durch Finanzsachverständige bestanden hätten.

Mussolini und der Sachverständigenplan.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“)

Rom, 3. Mai. Mussolini hat dem belgischen Vorschlag im Verlauf einer Unterredung erklärt, er werde alles tun, was in seinen Kräften steht, damit der Sachverständigenplan so schnell wie möglich in die Tat umgesetzt werde.

Tagung des deutsch-französischen Schiedsgerichtes in Amsterdam.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“)

Berlin, 3. Mai. Wie dem Matin aus Amsterdam gemeldet wird, hat das deutsch-französische Schiedsgericht in Amsterdam im Amsterdamer Gerichtsgebäude seine Tagungen ausgenommen. Zur Verhandlung gelangte die Angelegenheit des Franzosen Reinach, der Schadenersatzansprüche gegen die Berliner Distrikbank geltend machte. Der Vorsitz führte der Holländer Jffer. Heute wird über die Ansprüche der Eisenbahngesellschaften von Damaskus gegen die deutsche Regierung verhandelt.

Morgans Rückkehr nach Amerika.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“)

Paris, 3. Mai. Morgan hat auf dem Ozeandampfer Someric Europa wieder verlassen, um nach Amerika zurückzukehren. Er hat, wie gestern in den französischen Zeitungen festgestellt wird, jede Erklärung über seine Verhandlungen bis zur letzten Minute abgelehnt.

Die belgisch-russischen Verhandlungen.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“)

London, 3. Mai. Der belgische Botschafter hatte gestern eine Unterredung mit dem Führer der russischen Delegation Nakowski, in deren Verlauf er ihm den Wunsch seiner Regierung mitteilte, ausfindig zu machen, inwieweit Besprechungen zwischen den beiden Regierungen möglich seien.

Dr. Jan Masaryk, Gesandter in London.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“)

Prag, 3. Mai. Der Sohn des Präsidenten Masaryk Legationsrat Dr. Jan Masaryk ist zum tschechoslowakischen Gesandten in London an Stelle des bisherigen dortigen Gesandten Dr. Masaryk in Aussicht genommen. Letzterer wird den Gesandtenposten in Rom übernehmen.

Flugzeugzusammenstoß.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“)

London, 3. Mai. Nach der Daily Mail sind gestern nachmittags zwei Flugzeuge auf dem Flugplatz Duxford zusammengestoßen und abgestürzt. Der Pilot des einen Flugzeuges wurde auf der Stelle getötet, der andre hingegen ist unverfehrt geblieben.

Die amerikanischen Waffenjendungen nach Kuba verboten.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“)

Washington, 3. Mai. Präsident Coolidge hat Waffenjendungen nach Kuba unterjagt, nachdem die cubanische Regierung das Staatsdepartement ausdrücklich auf die Lage Kubas aufmerksam gemacht hatte.

Zurückgezogene Kandidatenliste der Evangelischen Partei Sachsens.

(Eigener Fernsprechdienst der „Sachsen-Zeitung“)

Dresden, 2. Mai. Wie das evangelisch-lutherische Volksblatt in seiner Nummer vom 1. Mai mitteilt, hat die Evangelische Partei Sachsens zu Gunsten der Deutschnationalen Partei ihre Kandidatenlisten zurückgezogen.

Polnische Gefahr für Oberschlesien.

Deutsch-polnischer Notenwechsel.

Amliche Erklärungen.

Die andauernden polnischen Treibereien in den deutsch-gebliebenen Teilen Oberschlesiens und die offene oder geheime Unterstützung dieser Treibereien durch die Warschauer Regierung haben die deutschen Behörden veranlaßt, nunmehr mit deutschen Worten dieses Verhalten zu kennzeichnen und in einer Note die polnische Regierung auf die Gefährlichkeit und Unrechtmäßigkeit ihres Verhaltens hinzuweisen.

Die polnische Regierung hat in der polnischen Presse Mitteilungen über eine Note verbreitet, die sie anlässlich der Verhaftungen ehemaliger Aufständischer in Deutsch-Oberschlesien durch ihre Gesandtschaft in Berlin dem auswärtigen Amt hat überreichen lassen. In dieser Note war u. a. gesagt, daß die Verhaftungen eine begriffliche Erregung der Bevölkerung in Oberschlesien hervorgerufen hätten, und daß sie nicht zu friedlichen Beziehungen zwischen der polnischen und der deutschen Bevölkerung beitragen könnten. Auf diese Äußerungen hat das auswärtige Amt der polnischen Regierung in einer Antwortnote entgegeng gehalten, daß es sich bei den Verhafteten in

keiner Weise um Reichsangehörige handelt, die einer ausländischen, auf die Losreißung deutscher Gebietsteile hinarbeitenden Geheimorganisation als Mitglieder angehören, und daß es im übrigen ausschließlich dem terroristischen Treiben der polnischen Insurgentenverbände zu verdanken ist, wenn sich dies dringend erwünschte Veruhigung in den beiden Teilen des ehemaligen Abstimmungsgebietes immer noch nicht einstellen will.

Inzwischen haben die Bedrohungen der deutschen Bevölkerung Polnisch-Oberschlesiens Formen angenommen, die das Schlimmste befürchten lassen, zumal der polnische Sejm einem Dringlichkeitsantrag zugestimmt hat, der die Regierung auffordert, als Vergeltung für die in Deutsch-Oberschlesien vorgenommenen Verhaftungen, die in der Wojewodschaft Schlesien ansässigen Reichsdeutschen auszuweisen. Die Reichsregierung hat sich infolgedessen veranlaßt gesehen, in einer weiteren Note nach Warschau mit Nachdruck auf die außerordentlich ernsten Folgen hinzuweisen, die ein Andauern der bedrohlichen Lage, wie sie sich für die Deutschen in Polnisch-Oberschlesien herausgebildet hat, notwendigerweise für die Beziehungen der beiden Länder mit sich bringen muß.

Die Wahl am 4. Mai ist Dienst fürs Vaterland!